

Beamtenschutz

Pensions-Harmonisierung: Warum Beamte die großen S

Hinter dem silbernen glänzenden Podium im Steinsaal des Bundeskanzleramts drängten sich am Dienstagmorgens gleich fünf Regierungsmitglieder. In der Mitte Bundeskanzler Wolfgang Schäuble, flankiert von Vizekanzler Hubert Gorbach und Sozialstaatssekretärin Ursula Haubner, an den Flanken assistiert von Sozialminister Herbert Haupt und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein. Das Quartett präsentierte mit stolzeschwellter Brust ihren „sozialpolitischen Meilenstein“ (Schäuble) – den Begutachtungsentwurf für die Harmonisierung der Pensionssysteme.

Retuschen in letzter Sekunde.

Somit scheint mit neunmonatiger Verspätung endlich unter Dach und Fach zu sein, was die Regierung eigentlich schon für Ende 2003 versprochen hatte. Nach endlosen Verhandlungen, insgesamt gut zwei Dutzend „Runden Tischen“, monatelanger Gezerre und in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Streitigkeiten selbst bis hinein in die Regierungsparteien hatte man sich im Ministerrat – gerade noch rechtzeitig vor der Regierungsklausur Ende dieser Woche in Retz – auf einige wesentliche Retuschen am ursprünglich bereits Mitte Juli präsentierten Reformpaket geeinigt:

● **Weniger Betroffene.** Das einheitliche Pensionssystem wird nicht wie geplant für alle unter 55-Jährigen, sondern nur für jene gelten, die am 1. 1. 2005 das 50. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Begründet wird diese überraschende Korrektur mit verfassungsrechtlichen Bedenken („Ver-

JUBELNDE BEAMTE. Rund 45.000 Staatsdiener über 50 fallen nun doch nicht ins „harmonisierte“ System – und bleiben bis zu 15 Jahre praktisch ohne Pensionsverluste.



HEFTIGE KRITIK. Sozialforscher Bernd Marin zerpfückt in NEWS den Regierungsentwurf: „Die Kluft zwischen Beamten und dem Rest wird noch größer.“

letzung des Vertrauensschutzes“), speziell bei Frauen. Nur zur Erinnerung: Ursprünglich hatte die ÖVP – aus Rücksicht auf ihre Beamtenklientel – sogar nur die unter 35-Jährigen ins harmonisierte System nehmen wollen.

● **Kompromiss für Schwerarbeiter.** Statt der geplant gewesenen Drei-Prozent-Abschläge für Schwerarbeiter, die ab 60 in Frühpension

gehen wollen, einigte sich die Koalition auf folgenden Modus: Je länger unter erschwerten Bedingungen gearbeitet wurde, desto früher kann man in Pension gehen und desto geringer fallen die Abschläge aus. Für jedes Jahr vor dem Regelpensionsalter von 65 Jahren gibt es Abschläge zwischen 0,85 und 2,1 Prozent. Pro Jahr Schwerarbeit können Betroffene

um drei Monate früher in Pension gehen. Wer also 15 Jahre Schwerarbeit schafft, kann 45 Monate oder 3,75 Jahre vor dem 65. Geburtstag in Pension gehen. Auf die maximal möglichen fünf Frühpensionsjahre kommt man nach 20 Schwerarbeitsjahren. Der geringstmögliche Abschlag von 0,85 Prozent wird aber erst nach 40 Jahren erreicht. „In der Realität

Reform

eger der Regierungseinigung sind.



LANGE BANK. Nach zwei Dutzend Runden Tischen konnte ein Regierungsquintett am Dienstag endlich den Entwurf zur Pensionsharmonisierung präsentieren.

ist das freilich die absolute Ausnahme“, so SPÖ-Vizechef Erich Haider, der die „nicht gerechtfertigten Schwerarbeiterabschläge“ notfalls höchstgerichtlich bekämpfen will. Aber selbst Herbert Sausgruber, wahlkämpfender ÖVP-Chef in Vorarlberg, bedauert, dass sich die ÖAAB-Forderung nach einem abschlagsfreien Pensionsantritt nach 45 Jahren nicht durchgesetzt habe. „Trotzdem bleibe ich bei dieser Forderung“, deutet er eine „heiße“ Begutachtungsphase an.

Was ist Schwerarbeit? Allerdings: Noch ist gar nicht geklärt, welche Tätigkeiten genau unter „Schwerarbeit“ fallen. Laut Sozialminister Haupt brütet darüber eine Arbeitsgruppe in seinem Ministerium. „Nicht ganze Berufsgruppen, sondern bestimmte

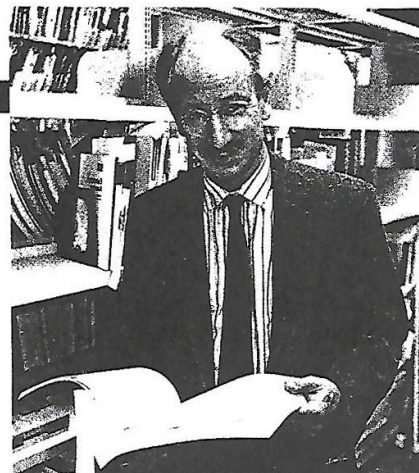
Tätigkeitsfelder sollen definiert werden“, so Haupt.

● **„Hacklerregelung“ verlängert.** Die Ausnahmenbestimmungen für Langzeitversicherte – vulgo „Hacklerregelung“ – werden von 2007 bis 2010 verlängert. Sie ermöglicht Frauen mit 55 und Männern mit 60 in Pension zu gehen, sofern sie 45 bzw. 40 Beitragsjahre beisammen haben. Wobei Kindererziehungszeiten bis zu fünf Jahre, Präsenz- und Zivildienstzeiten bis zu 2,5 Jahre angerechnet werden. Was nach 2010 passiert, bleibt freilich offen. „Danach wird evaluiert, ob Adaptierungen notwendig sind“, so FPÖ-Chefin Haubner.

Heftige Expertenkritik. Während innerhalb der Regierung nun wieder alle erleichterte Zufriedenheit demonstrieren, wird der noch am Dienstag in Begutachtung geschickte Gesetzesentwurf von Experten zerpfückt. „Das sind wirklich keine guten Neuigkeiten“, kritisiert Bernd Marin vom Europäischen Zen-

NEUGEBAUER
ÜBER ENTWURF

„Eine gute Grundlage. Aber für künftige Beamtenpensionen weitere Verhandlungen notwendig.“



SOZIALFORSCHER BERND MARIN: „Keine Rede von Harmonisierung. Der Privilegiendschungel im öffentlichen Bereich wurde kaum durchforstet.“

„Kluft wird noch größer“

Expertenkritik: „Eine neue Beamtenschutzregelung“

NEWS: Wie beurteilen Sie die Einigung der Regierung bei der Pensionsharmonisierung?

Marin: Das sind wirklich keine guten Neuigkeiten. Die Regierung hat zuletzt besonders problematische Maßnahmen beschlossen. Etwa dadurch, dass jetzt nur alle unter 50-Jährigen ins neue System kommen, bleibt rund ein Drittel der Erwerbsbevölkerung davon ausgeschlossen.

NEWS: Mit welchen Folgen?

Marin: Das ist erneut eine Beamtenschutzregelung. Sie bevorzugt Beamte, während die Arbeitnehmer im Privatssektor weiter benachteiligt werden, weil sie die Nachteile des alten und des neuen Systems haben. Die Kluft wird also jetzt noch größer, als sie ohnehin schon ist. Klar ist, dass die Rechnung dafür die Jungen zahlen werden müssen.

NEWS: Also ein Pensionsflop der Regierung?

Marin: Nein, nur eine ganz große halbe Sache. Die Regierung hat einen großen Anlauf genommen, ist aber in letzter Sekunde gestoppt – ähnlich wie Beckham bei seinen verhauchten Elfm Metern bei der EM in Portugal. Die Regierung hat bei Pensionskonto und Harmonisierung nach dem Motto „Die Angst des Stürmers beim Elfmeter“ (nicht wie bei Handke: „... des Tormanns ...“) agiert.

NEWS: War nicht das Problem, dass es da zahlreiche Stürmer gab, die dazwischenfunkten – FPÖ, ÖAAB etc.?

Marin: Alle Schwierigkeiten, egal ob aus den eigenen Reihen oder von außen, hat sich die Regierung nur

deswegen eingehandelt, weil sie von ihrem eigenen Programm eines Beitragskontos abgewichen ist. So ist selbst die Kompromiss- oder Friedensformel 65-45-80 dann vielfach durchlöchert worden.

NEWS: Wie sehen Sie die Harmonisierung im Fall der Beamten?

Marin: Ich sehe sie kaum. Der Privilegiendschungel im öffentlichen Sektor wurde fast nicht durchforstet. Zum Beispiel die Sozialversicherungen: Dort tragen die Funktionäre bloß 14 Prozent zu ihren eigenen Pensionen bei, während die Masse der Beitragszahler zu 86 Prozent für die eigenen Pensionen – und zusätzlich die „Dienstordnungspensionen“ der sie Verwaltenden – aufkommen muss. So hat etwa ein Arzt der Sozialversicherung eine Zusatzpension von 4.500 Euro monatlich – neben Abfertigung und ASVG-

Höchstpension. Das entspricht einem Sonderrecht von rund 1,5 Millionen Euro.

NEWS: Was wäre ein Weg zu mehr Beitrags- und damit Pensionsgerechtigkeit?

Marin: Ein ehrliches Pensionskonto, so wie im Regierungsprogramm 2000 und 2003 vorgesehen gewesen, wäre eine einmalige Chance gewesen, die Beiträge und Leistungen transparent zu machen und abzustimmen. Nur so hätte man einzelne Gruppen nach Maßgabe der eigenen Beiträge unterschiedlich hoch mit Pensionsbeiträgen beiziehen – und vor allem die langfristige Finanzierbarkeit sicherstellen – können.

INTERVIEW: ANDREAS LINHART ■

MARIN ÜBER VORTEILE FÜR BEAMTE

„Der Privilegiendschungel im öffentlichen Sektor wurde kaum durchforstet.“